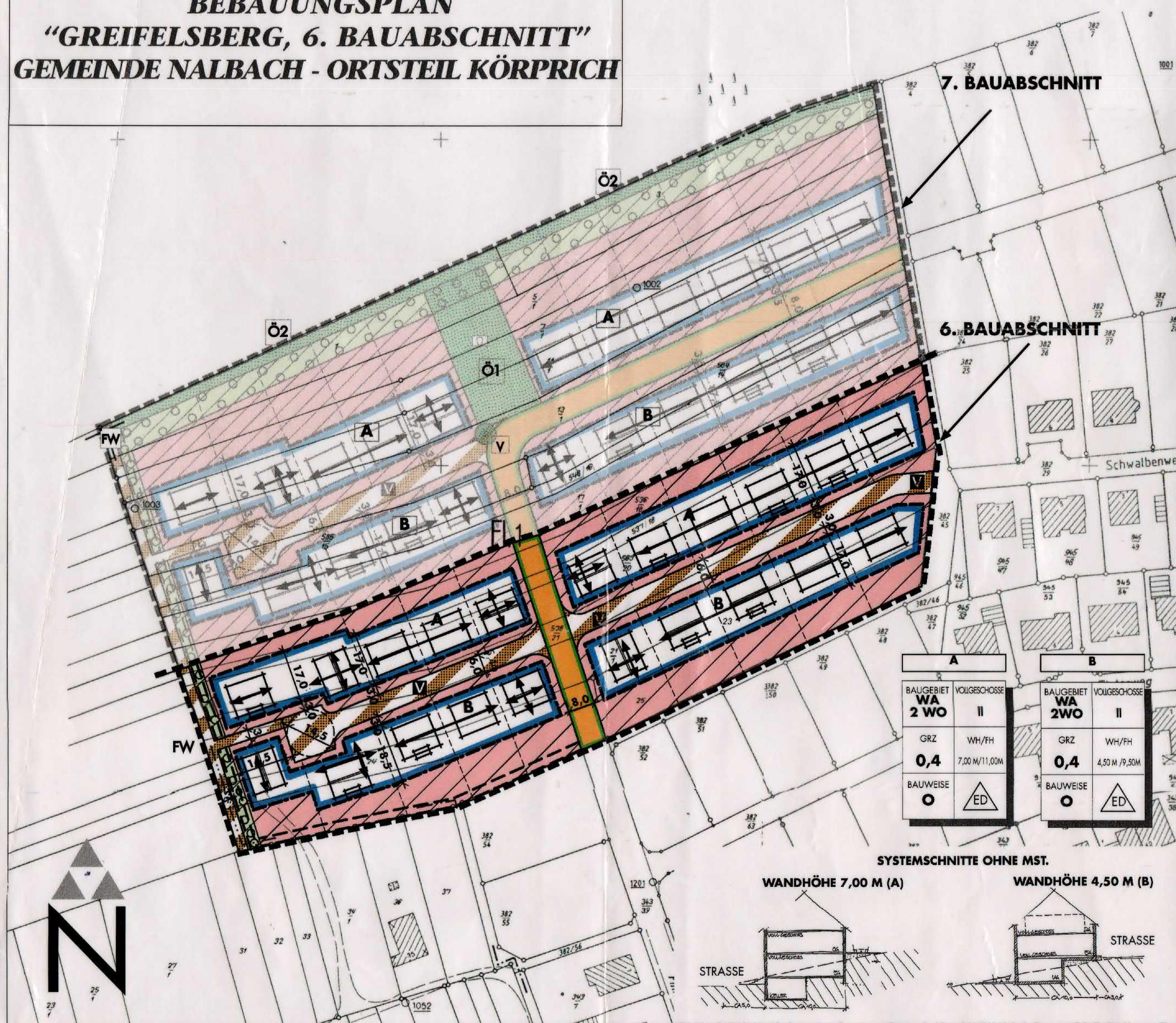
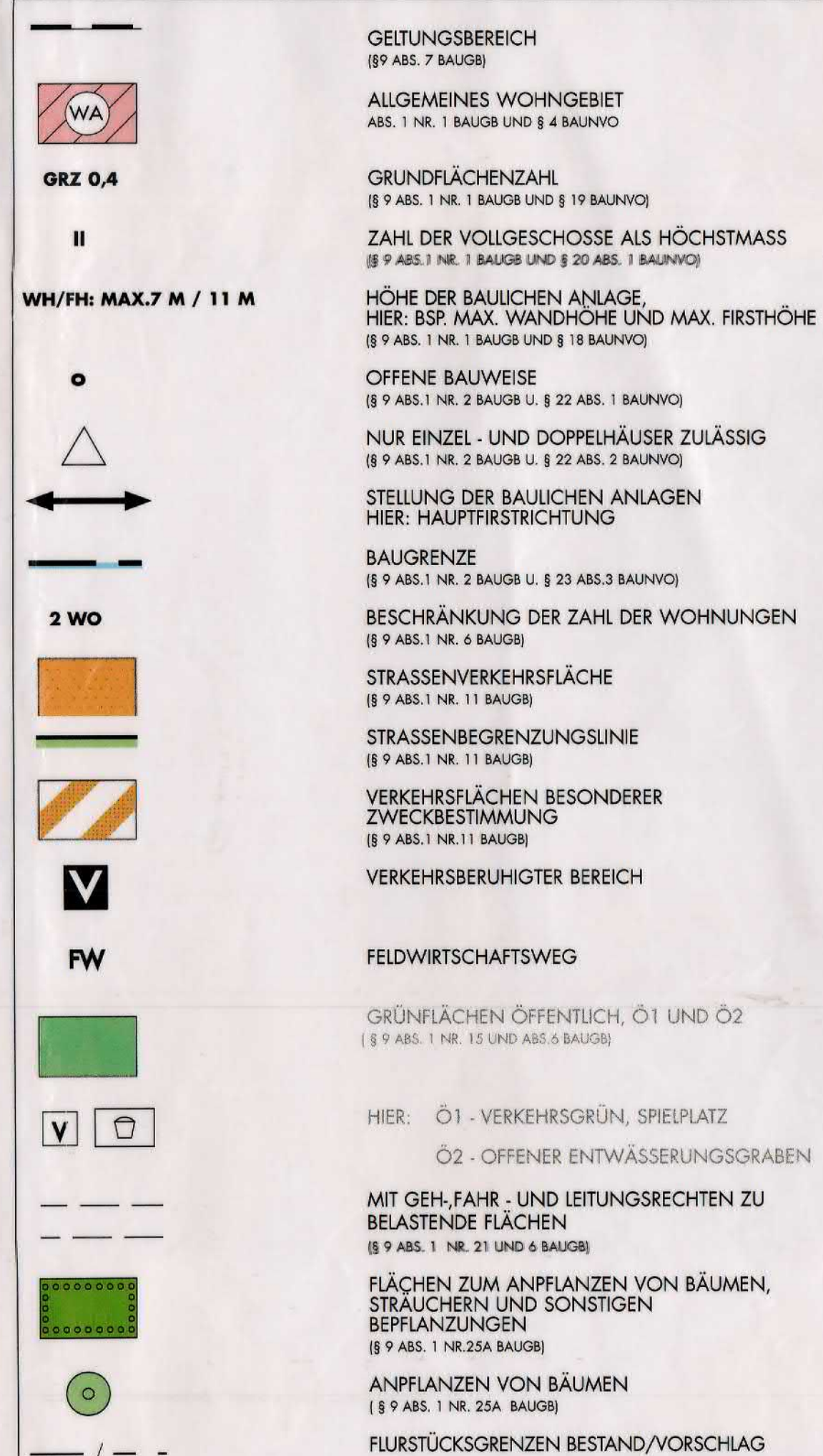


TEIL A: PLANZEICHNUNG

BEBAUUNGSPLAN
"GREIFELSBERG, 6. BAUABSCHNITT"
GEMEINDE NALBACH - ORTSTEIL KÖRPRICH



PLANZEICHENERLÄUTERUNG



TEIL B: TEXTTEIL

FESTSETZUNGEN GEM. § 9 BAUGB I.V.M. BAUNVO

- ## 1. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG
- GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUNVO
- 1.1 Baugebiet WA
- 1.1.1 zulässige Arten von Nutzungen
- 1.1.2 ausnahmsweise zulässige Arten von Nutzungen
- 1.1.3 nicht zulässige Arten von Nutzungen bzw. bauliche Anlagen
2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG
- GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUNVO
- 2.1 Grundflächenzahl
- 2.2 Zahl der Vollgeschosse
- 2.3 Höhe der baulichen Anlage
- Allgemeines Wohngebiet WA gem. § 4 BauNVO siehe Plan
- gem. § 4 Abs. 2 BauNVO
- Wohngebäude
 - die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe
 - Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke
- gem. § 4 Abs. 3 BauNVO
- Betriebe des Beherbergungsgewerbes
 - sonstige nicht störende Gewerbebetriebe
- gem. § 1 Abs. 5 BauNVO sind
- Anlagen für sportliche Zwecke
- nicht zulässig.
- gem. § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO werden
- Anlagen für Verwaltungen
 - Gartenbaubetriebe
 - Tankstellen
- nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.
- siehe Plan, gem. §§ 16, 17 und 19 Abs. 1 BauNVO, hier: 0,4 im gesamten Planungsgebiet
- siehe Plan, gem. §§ 16 und 20 Abs. 1 BauNVO und gem. LBO hier: zwei Vollgeschosse im gesamten Planungsgebiet
- siehe Plan, gem. §§ 16 und 18 BauNVO hier: maximale Wandhöhe und maximale Firsthöhe Als Wandmaß wird das Abstandsmaß zwischen Oberkante fertiger Straßenbelag (gem. Straßenproj.) der dem Gebäude zugeordneten Straßenseite und dem Schnittpunkt der Außenflächen des aufstehenden Mauerwerks mit der Dachhaut bestimmt. Die Firsthöhe als oberer Bezugspunkt ist die oberste Dachbegrenzungskante klar definiert.

- # **3. BAUWEISE / HAUSFORM**
- GM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB
- ## **4. ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN**
- GM. § 9 ABS. 1 NR. 6 BAUGB
- ## **5. STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN**
- GM. § 9 ABS. 1 NR. 4 BAUGB
- ## **6. FLÄCHEN FÜR STELLPLÄTZE, GARAGEN UND NEBENANLAGEN**
- GM. § 9 ABS. 1 NR. 6 BAUGB
- ## **7. HÖCHSTZULÄSSIGE ZAHL DER WOHNUMEN IN WOHNGEBÄUDEN**
- GM. § 9 ABS. 1 NR. 6 BAUGB
- ## **8. VERKEHRSFLÄCHEN UND VERKEHRSFLÄCHEN BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG**
- GM. § 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB
- ## **9. FÜHRUNG VON VERSORGSANLAGEN UND LEITUNGEN**
- GM. § 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB
- ## **10. ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHEN**
- GM. § 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB
- ## **11. FLÄCHEN UND MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT**
- GM. § 9 ABS. 1 NR. 21 BAUGB
IN ANWENDUNG DES § 8 BNATSG
- ## **12. GEH., FAHR- UND LEITUNGSRECHT**
- § 9 ABS. 1 NR. 21 BAUGB
- siehe Plan,
hier: offene Bauweise gem. § 22 Abs. 2 BauNVO.
Im gesamten Planungsgebiet sind nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig.
- siehe Plan,
hier: Baugrenzen gem. § 23 Abs. 3 BauNVO.
- siehe Plan,
hier: Hauptfirstrichtung
Ausnahmen von der festgesetzten Firstrichtung sind im Einzelfall zulässig, wenn durch den Einbau solarer oder verwandter Energieerzeugungsanlagen eine abweichende Firstrichtung zum Erreichen des größtmöglichen Wirkungsgrades technisch erforderlich ist.
- gem. § 12 Abs. 6 BauNVO sind Garagen und überdeckte Stellplätze nur innerhalb der überbaubaren Grundstückflächen und im Abstand von 5,00 m von der Straßenverkehrsfläche entfernt zulässig. Nicht überdeckte Stellplätze und Zufahrten sind zusätzlich zwischen Straßenverkehrsflächen und vorderer Baugrenze zulässig.
- Im Planungsgebiet wird die höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden auf max. zwei Einheiten pro Baugrundstück festgesetzt.
- siehe Plan,
Verkehrsflächen und Verkehrsflächen besondere Zweckbestimmung (verkehrsberuhigter Bereich).
Die Breiten der Erschließungsstraßen sind mit 8,00m bzw. 6,00m vermaßt.
Der Feldwirtschaftsweg ist mit einer Breite von 3,00m festgesetzt.
Im öffentlichen Straßenraum sind Flächen für den ruhenden Verkehr nur zulässig, wenn die Mindestbreiten nach SVO eingehalten werden.
- hier: Trennsystem
Das anfallende Abwasser aus den Haushalten ist dem Schmutzwasserkanal des Trennkalkulationssystems zuzuführen.
Die unbelasteten Dachablaufwässer, die anfallen den Dränwasser und das auf Terrassenflächen anfallende Wasser sowie das Straßenablaufwasser sind getrennt in einem separaten Regenwasserkanal über ein Regenrückhaltebecken in den nahegelegenen Vorfluter (Prims) zu entwässern.
- hier:
○1: Verkehrsgrün und Erholungsfläche
○2: Offener Entwässerungsgraben. Die Anlage eines Entwässerungsgrabens ist zulässig.
Anpflanzungen auf den öffentlichen Grünflächen haben nach § 9 Abs. 1 Nr. 25 a zu erfolgen.
- Alle Stellplätze und Zufahrten sowie sonstige Wege und Zugänge auf den privaten Grundstücksflächen sind aus Gründen der Grundwassererneuerung in wasserundurchlässiger Bauweise auszuführen.
- siehe Plan, hier:
Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zur Aufnahme eines

- ### 13. FLÄCHEN ZUM ANPFLANZEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN
- GEW. § 9 ABS.1 NR. 25 A BAUJOB
IN ANWENDUNG DES § 8 BNATDSCHG
- siehe Plan,
- P1: Zur Einbindung in die Landschaft, zur ökologischen Aufwertung und zum Schutz des Waldrandes ist im Nordwesten ein 10,00 m breiter und im Südwesten ein 3,00 m breiter Gehölzstreifen anzulegen. Dabei sind Gehölze in einem Raster von 2,00 x 2,00 m zu pflanzen, wobei je angefangene 10 m mindestens 1 standortgerechter Hochstamm in den Gehölzstreifen zu integrieren ist. Besonders eignen sich die in der anhängenden Liste aufgeführten Arten.
- P2: Alle nicht überbaubaren Grundstücksflächen, die nicht für Stellplätze, ihre Zufahrten, Zugänge, sonstige Wege und Nebenanlagen benötigt werden, sind als Vegetationsflächen anzulegen und auf Dauer gärtnerisch zu unterhalten.
- P3: Auf allen Grundstücken, auf denen keine Flächen zum Anpflanzen festgesetzt sind, ist pro Grundstück mindestens ein einheimischer Obstbaum bzw. ein standortgerechter Laubbauhochstamm anzupflanzen (SJU 12 - 14 cm). Zudem ist entlang mindestens einer Grundstücksseite ein 2,00 m breiter Pflanzstreifen anzulegen, auf dem Feldgehölze im Raster von max. 1,50 m x 1,50 m anzupflanzen sind.
- P4: Flachdächer von Garagen sind extensiv zu begrünen.
- P5: Alle geschlossenen Fassadenflächen > 30 m² sind mit Kletterpflanzen zu begrünen, je angefangene 20 m² 1 Kletterpflanze.
- P6: Im gesamten Plangebiet sind in Straßenraum aus Gründen der Verkehrsberuhigung und der Durchgrünung standortgerechte Laubbauhochstämme im Abstand von 20 m zu pflanzen.
- P7: Für alle Pflanzungen sind nur einheimische Bäume und Sträucher sowie einheimische Obstbaumhochstämme zu verwenden. Eine Auswahl geeigneter standortgerechter Gehölze stellt die im Folgenden aufgeführte Liste beispielhaft dar:
- Pflanzenliste (Beispiel)
- | | |
|--------------------|--------------------|
| Feldhorn | Spitzhorn |
| Schwarz-/Roterle | Waldregie |
| Roter Hartriegel | Weissdorn |
| Sommerlinde | Pflaenhütchen |
| Elaie | Liguster |
| Wald-Heckenkirsche | Rote Heckenkirsche |
| Mispel | Espe |
| Wilde Birne | Traubeneiche |
| Stieleiche | Kreuzdorn |
| Ackerrose | Wein-Rose |
| Kratzbeere | Himbeere |
| Grau-Weide | Purpur-Weide |
| Korbweide | Mehlbeere |
| Elsbeere | |

14. ZUORDNUNG VON FLÄCHEN UND MASSNAHMEN ZUM AUSGLEICH

GEM § 9 ABS. 1 A BAUGB I V.M. § 1A ABS. 3 BAUGB IN ANWENDUNG DES § 8 BNATSCHG

Pflanzenmaterial und -qualität:

- Hochstämme: 2x, STU 12-14 cm
- Sträucher: 2 x, xv, 5 Triebe, Höhe: 100 cm - 150 cm
- Obstbaumhochstamm: ab 180 cm St.-Höhe
- Erfolgte Anpflanzungen unterliegen der Bindung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BAUGB.

P8: Die öffentlichen Grünflächen sind mit einer Ein Saat von Landschaftsfröhen (RSM 7.1.2 - Standort mit Kräutern) zu versehen und auf Dauer grünmässig zu unterhalten.

Die öffentliche Grünfläche Ö1 mit der Zweckbestimmung einer Erholungsfläche ist entsprechend mit Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen. Dabei sind für Kinder ungefähre Arten zu verwenden. An der im Plan gekennzeichneten Stelle ist ein standortgerechter Hochstamm zu pflanzen.

Zum ökologischen Ausgleich werden außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes nördlich des Ortsteils Piesbach auf der Gemarkung Piesbach, Flur 10 mit der Parz. Nr. 348 Maßnahmen zum Ausgleich festgesetzt.

Die Sicherung der Kompensationsmaßnahme erfolgt gem. § 1a Abs. 3 BAUGB im Rahmen des durch die Gemeinde Nollach eingerichteten Ökointos.

FESTSETZUNGEN GEM. § 9 ABS. 4 BAUGB I.V.M. § 93 ABS. 5 LBO

- ## GESTALTUNG DER HAUPTGEBÄUDE / DÄCHER
- Es sind nur geneigte Dächer mit einer Dachneigung von 20-40° zulässig. Die Dacheindeckung ist nur in Ton- oder Betonziegel in den örtlichen Rot- und Schwarzwald zulässig.
 - Anlagen für Photovoltaik und Sonnenkollektoren sind auf den Dächern zulässig.
- ## EINFRIEDRUNGEN
- Es sind Flachdächer und geneigte Dachflächen zulässig.
 - Der Hofraum bzw. der Vorgarten darf nicht höher als 80 cm eingefriedet werden.
- ## GARAGEN / ÜBERDACHTE STELLPLÄTZE
- Garagen sind in Material und Farbgestaltung dem Hauptgebäude anzugleichen.

FESTSETZUNGEN GEM. § 9 ABS. 7 BAUGB

- | | |
|--|------------|
| Grenze des räumlichen Geltungsbereichs | siehe Plan |
|--|------------|




HINWEISE

- ## BAUPLANZUNGEN / SCHUTZ BESTEHENDER GEHÖLZE
- Das Merkblatt über Baumstandorte und unterschiedliche Ver- und Entsorgungsanlagen der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen ist bei den Bauplanzungen zu beachten.
- Bei der Ausführung der Erdarbeiten oder Baumaßnahmen müssen die Richtlinien der DIN 18920 "Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsrücken bei Baumaßnahmen" beachtet werden.
- Das DVGW-Regelwerk GW 125 "Bauplanzungen im Bereich unterirdischer Versorgungsanlagen" ist bei der Planung zu beachten.
- ## INHALTSANGABEN GRABENSTÄNDE
- (GEMÄSS SAARLÄNDISCHEN NACHBARRECHTSGESETZ VOM 28.02.1978)
- Bei der Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern entlang von Grundstücksgrenzen sind die Grabenstände gemäß dem Saarländischen Nachbarrechtsgesetz zu beachten.
- ## HAUSDRAINAGEN
- Hausedrainagen dürfen nicht im Grundwasser oder im Bereich von Hangquellen liegen. Bei eventuell auftretenden Grund- oder Hangwasser und der Lage der Kellersole in diesem Bereich ist eine sogenannte "Weisse Wanne" vorzusehen.
- ## NACHBEGRÜNNUNG
- Die Begrünung von Dächern wird durch die Gemeinde Nalldorf im Rahmen des Förderprogrammes Dachbegrünung bezuschusst.
- ## SCHUTZABSTAND ZUM WALD
- Aus sicherheitstechnischen und versicherungsrechtlichen Gründen ist ein Abstand zwischen baulichen Anlagen und Waldrand [30,35 m] zu empfehlen.
- ## BERGBAU
- Das Planungsbiet liegt im Bereich ehemaliger Erzeinzelfelder. Bei Ausschachtungsarbeiten ist auf Zeichen von altem Bergbau zu achten.
- Der Planungsbereich unterliegt nach 2013 Abbaueinwirkungen. Den Bergbaubetreibenden ist Baugrubeneinseit zu gewahren. Es wird empfohlen eine gegen Bodenbewegungen wenig empfindliche Bauweise zu wählen.
- Weiterhin befindet sich das Planungsbiet im Randbereich des Abbaufeldes Primusmühle-Nord der Deutschen Steinkohle AG. Ab etwa 2008 ist in diesem Gebiet mit Rand- und Kernzoneinwirkungen zu rechnen. Es sind deshalb für zukünftige Bauvorhaben Anpassungen und Sicherungsmaßnahmen nach den §§ 110 und 111 BergBG durchzuführen. Es wird empfohlen, eine gegen Bodenbewegungen wenig empfindliche Bauweise zu wählen.
- ## MUNITIONSFUNDEN
- Im Planungsbiet ist mit Munitionsfunden zu rechnen. Ein vorsorgliches Absuchen wird angeregt.
- ## REGENWASSERSPEICHERUNG
- Zur Entlastung des Entwässerungssystems sollte unbelastetes Niederschlagswasser sowie Drainagewasser vom Schmutzwasser getrennt gesammelt und in dezentrale Kleinspeicheranlagen (z.B. Zisternen, Becken) auf den privaten Grundstücken gespeichert werden.
- Das gespeicherte Wasser sollte als Brauchwasser für Toilette und Gartenbewässerung etc. Verwendung finden.
- ## EINLEITERLAUBNIS
- Die Einleitung des gesammelten Niederschlagswassers bedarf der wasserrechtlichen Erlaubnis nach § 7 WHG.
- ## KLEINKLÄRANLAGEN
- Bis zur Fertigstellung des Sammelanschlusses muß das Schmutzwasser der Haushalte in mechanischen Kleinkläranlagen nach DIN 4261 vorbehandelt werden.

GESETZLICHE GRUNDLAGEN

- Die in die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des Bebauungsplans gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen:
- das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bundesgesetzgebung vom 1. August 1977 (BGBl. I S. 2141), ber. 1998, S. 137) zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1950, 2013);
 - die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 10), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 2318);
 - die Anlage zur Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Plinhalts "Fachverordnung (PlanV_Z0)" vom 18. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2318);
 - die Baurendition (LBÖ) für das Saarland vom 27. März 1996 (Amtblatts des Saarlandes 23/1996, S. 506);
 - das Saarlandsgesetz zur Änderung der Baurendition für das Saarland vom 08. Juli 1998 (Amtblatts des Saarlandes vom 13.08.1998, S. 506);
 - das § 12 des Kommunalverwaltungsrechts (KVG) zuletzt geändert durch Gesetz Nr. 1463 zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 24. April 2001 (Amtblatts des Saarlandes 2001, S. 530);
 - das Gesetz zur Neuordnung des Rechts des Natur und Landschaftsschutzes (NatSchG) vom 06. April 1976 (Amtblatts des Saarlandes 1976, S. 418) und anderer Rechtsvorschriften (NatSchG-NeuorgG) vom 27. Juli 2001 (Amtblatts des Saarlandes 2001, S. 530);
 - das Gesetz vom 25.03.2002 (BGBl. I S. 1193), das Gesetz über den Schutz der Natur und Pflege der Landschaft (Saarländisches Naturschutzgesetz - NSG) vom 19. März 1993 (Amtblatts des Saarlandes 1993, S. 346);
 - das Saarlandsgesetz vom 19. März 1993 (Amtblatts des Saarlandes 1993, S. 482);
 - das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundesimmissionschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. November 1998 (S. 880), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09. September 2001 (BGBl. I S. 2318);
 - das Saarlandsgesetz zum Wasserhaushalt (Wasserhaushaltsgesetz - WHG), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09. September 2001 (BGBl. I S. 2318);
 - das Saarländische Wassergesetz (SWG) in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung vom 03. März 1998 (Amtblatts des Saarlandes 1998, S. 506);
 - das Bundesstraßengesetz (FStrG) in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung vom 19. April 1990 (BGBl. I S. 858);
 - das Bundesfernstraßengesetz (FStrG) in der Fassung des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1950, 2013);
 - das Saarländische Strabengesetz (StrG), Gesetz vom 7. Dezember 1974 in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 1977, zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.01.1994 (Amtblatts des Saarlandes 1994, S. 418) und vom 06.04.1995 (Amtblatts des Saarlandes, S. 418).

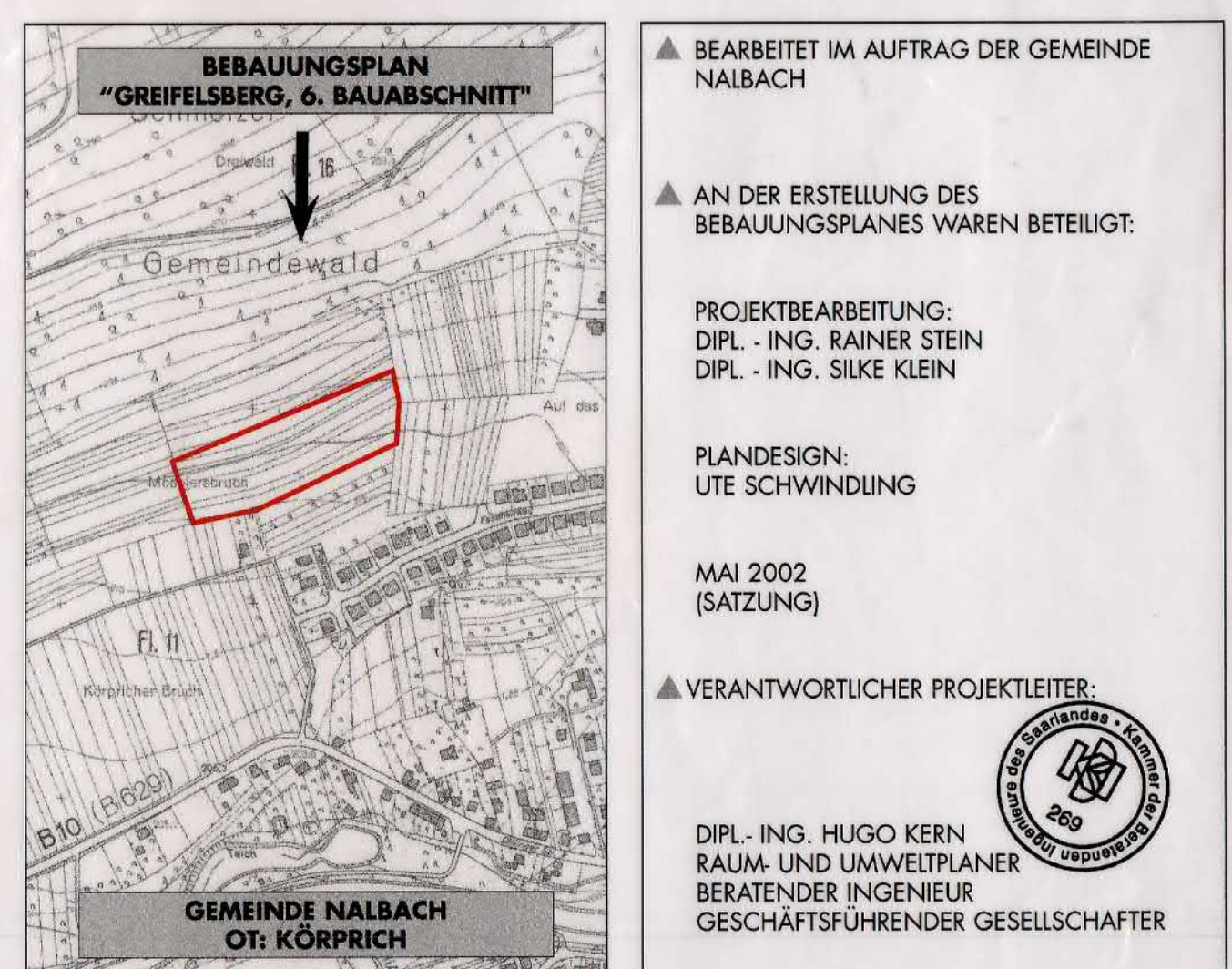
VERFAHRENSVERMERKE

- Der Gemeinderat der Gemeinde Nalbach hat am 14.09.2001 die Aufstellung des Bebauungsplanes "Greifelsberg, 6. Bauabschnitt" beschlossen (§ 2 Abs. 1 BauGB).
- Der Beschluss wurde am 13.10.2000 ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).
- 
Nalbach, den 16.09.2001 Der Bürgermeister (Adam)
- Der Gemeinderat hat am 14.09.2000 den Entwurf gebilligt, die frühzeitige Beteiligung der Bürger und die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange beschloss.
- Die frühzeitige Beteiligung der Bürger wurde im Rahmen einer Auslegung vom 14.10.2000 bis 23.10.2000 durchgeführt (§ 3 Abs. 1 BauGB).
- Sie wurde am 13.10.2000 ortsüblich bekannt gemacht.
- Die Träger öffentlicher Belange wurden frühzeitig gem. § 4 Abs. 1 BauGB vom 16.10.2000 bis 15.11.2000 an der Aufstellung des Bebauungsplanes beteiligt.
- Die Träger wurden am 11.10.2000 angeschrieben.
- Die vorgebrachten Anregungen wurden vom Gemeinderat am 13.09.2001 geprüft und in die Abwägung eingestellt und die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes "Greifelsberg, 6. BA" (§§ 3 Abs. 2 BauGB) beschlossen.
- Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung, hat in der Zeit vom 28.09.2001 bis einschließlich 29.10.2001 öffentlich ausgelegen (§ 3 Abs. 2 BauGB).
- Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 21.09.2001 ortsüblich bekanntgemacht (§ 3 Abs. 2 BauGB).
- Die Träger öffentlicher Belange wurden gem. § 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB mit Schreiben vom 17.09.2001 über die öffentliche Auslegung informiert. Mit gleichem Schreiben wurden den Trägern öffentlicher Belange, die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung Anregungen vorgebracht haben, das Ergebnis der Abwägung mitgeteilt.
- Die vorgebrachten Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung wurden vom Gemeinderat am 31.01.2002 geprüft und in die Abwägung eingestellt. In der gleichen Sitzung wurde die Verkleinerung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes und die erneute öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 3 BauGB beschlossen.
- Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung, hat in der Zeit vom 25.02.2002 bis einschließlich 11.03.2002 erneut öffentlich ausgelegen (§ 3 Abs. 3 BauGB).
- Ort und Dauer der erneuten Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 08.02.2002 ortsüblich bekanntgemacht (§ 3 Abs. 2 BauGB).
- Eine allgemeine Überprüfung des Einzelfalles nach § 3c des Gesetzes zur Umsetzung der UVF-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz" ist aufgrund der Größe der anrechenbaren Grundfläche nicht notwendig.
- Die Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 18.02.2002 über die erneute öffentliche Auslegung informiert. Mit gleichem Schreiben wurden den Trägern öffentlicher Belange, die im Rahmen der Auslegung Anregungen vorgebracht haben, das Ergebnis der Abwägung mitgeteilt.
- Die vorgebrachten Anregungen im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung wurden von Gemeinderat am 05.03.2002 geprüft und in die Abwägung eingestellt. Das Ergebnis wurde den Trägern öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben mit Schreiben vom 26.11.2002 mitgeteilt.
- Es wird berücksichtigt, dass die in den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes gelegenen Flurstücke hinsichtlich ihrer Grenzen und Bezeichnungen mit dem Liegenschaftskataster übereinstimmen.
- Saarlos, den 10.08.2000
- Landesamt für Kataster, Vermessungs- und Kartenwesen - Außenstelle Saarlos
- Der Gemeinderat hat am 05.06.2002 den Bebauungsplan "Greifelsberg, 6. Bauabschnitt" als Satzung beschlossen (§ 10 BauGB). Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung.
- Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung ausfertigt.
- 
Nalbach, den 10.06.02 Der Bürgermeister (Adam)
- Der Satzungsbeschluss wurde gem. § 10 BauGB am 21.02.2002; ortsüblich bekanntgemacht.
- Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan "Greifelsberg, 6. Bauabschnitt", bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung, in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).
- Nalbach, den 24.02.03 Der Bürgermeister
- 
(Adam)

BEBAUUNGSPLAN

“GREIFELSBERG, 6. BAUABSCHNITT”

GEMEINDE NALBACH - ORTSTEIL KÖRPRICH



M = 1: 1000 im Original
DIN A 3 ohne Mst.